

Antrag an das 32. Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin

Antragsteller:in(nen):	IYSSE an der HU	
Datum	19.04.2025	
Nr. und Datum der Sitzung	4. Sitzung	28.04.2025
Tagesordnungspunkt und Beschluss-Nr. (vom Präsidium auszufüllen)	6.13 SP-32/37 Politische Abschiebungen stoppen	

I. Antragsgegenstand

Stoppt die Abschiebung studentischer Aktivist*innen in Deutschland und international

II. Beschlussentwurf

Das Studierendenparlament der Humboldt-Universität zu Berlin möge beschließen:

Das Studierendenparlament verurteilt die geplante Abschiebung von Shane O'Brien, Roberta Murray, Kasia Wlaszczyk und Cooper Longbottom. Die vier Aktivist*innen sollen abgeschoben werden, weil sie sich an pro-palästinensischen Protesten beteiligt haben. Keine*r der vier wurde je für eine Straftat verurteilt, und ein Gerichtsurteil des Berliner Verwaltungsgerichts hat bereits deutlich gemacht, dass das Vorgehen gegen sie jeglicher ernsthaften rechtlichen Grundlage entbehrt.

Der Angriff auf die vier Aktivist*innen ist ein Angriff auf alle kritischen Studierenden. Es wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen, mit dem die demokratischen Rechte aller Studierenden angegriffen werden und versucht wird, die Methoden Trumps auch in Deutschland einzuführen.

Die geplante Abschiebung der vier reiht sich ein in massive Angriffe auf studentische Anti-Genozid-Aktivist*innen weltweit: In den USA werden Studierende, wie Mohsen Mahdawi, Mahmoud Khalil und Rümeysa Öztürk rechtswidrig verhaftet und sollen wegen ihrer politischen Ansichten abgeschoben werden. Andere Studierende, wie Momodou Taal, sind gezwungen, das Land zu verlassen, um einem ähnlichen Schicksal zu entgehen.

Im Vereinigten Königreich wurde jüngst eine Studentin der SOAS-Universität aufgrund ihres palästinensischen Aktivismus nach dem Terrorismusgesetz angeklagt, ein weiterer wurde verhaftet. Ihnen drohen bis zu 14 Jahre Haft. Viele weitere wurden wegen ihres Aktivismus untersucht, suspendiert und des Landes verwiesen – laut der Menschenrechtsorganisation Liberty weit über 100.

Das Studierendenparlament erklärt sich auch solidarisch mit den von Repressionen betroffenen Studierenden im Vereinigten Königreich, in den USA und weltweit.

2. Umsetzung des Beschlusses

III. Finanzielle Auswirkungen, ggf. Angaben zur Verwendung beantragter Mittel

-

IV. Begründung

erfolgt mündlich

V. Beteiligung und Stellungnahme anderer Organe oder Initiativen der Studierendenschaft

VI. Kontaktmöglichkeit zur:zum Antragsteller:in bzw. zu den Antragsteller:innen

wilcktam@hu-berlin.de